

In memoriam Michael Th. Greven (07.03.1947 – 07.07.2012)

Es war ein Schock für alle, in besonderem Maße jedoch für die ihm am nächsten Stehenden, aber auch für jene, die am 7. Juli zu Michael Th. Grevens Emeritierungsfeier in Hamburg gekommen waren, dass er in der Nacht, die dieser Ehrung folgte, verstorben ist. Eben erst hatte man ihn als – wie immer aufmerksam-kritischen – Zuhörer und mit (keinesfalls durch Feierlichkeitsrhetorik geglätteten) Diskussionsbeiträgen erlebt, ebenso seine Freude über die vielfältig freundschaftlichen Begegnungen, seine Rührung auch bei der Übergabe der von Olaf Asbach, Rieke Schäfer, Veith Selk und Alexander Weiß herausgegeben Festschrift (der passionierte Segler musste bekennen, einer solchen Zuwendungsballung gegenüber doch »nahe am Wasser gebaut zu haben«). Alle spürten die Ambivalenz eines Abschieds von der aktiven Lehrtätigkeit, die aber auch mit Zukunftsoptimismus verbindbar war, etwa mit einer, weitere geplante Arbeiten fördernden Ruhezeit in seiner kleinen Finca auf Mallorca. Jedenfalls war an alles andere zu denken als an einen Abschied von der Wissenschaft.

Neununddreißig Jahre war es her, dass der schon im Grundstudium geäußerte Wunsch des Studenten in Erfüllung zu gehen begann, diese wunderbare Institution Universität »nie mehr zu verlassen«. Bei Karl-Dietrich Bracher in Bonn mit einer durchdringend ideologiekritischen (auch die sowjetische und in der DDR eifrig rezipierte Kybernetikbegeisterung entzaubernden) Arbeit über »Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse« promoviert, lud ihn der kurz zuvor erst an die Gesamthochschule Paderborn berufene Frank Benseler ein, dort in der Soziologie sein Assistent zu werden. 31-jährig wurde Greven nach seiner Habilitation für dasselbe Fach nach Marburg berufen, 1991 folgte ein Ruf auf die Professur für »Politische Theorie und Politische Soziologie« an die Technische Hochschule Darmstadt und schließlich ging er 1995 in seine Geburtsstadt Hamburg, dort zuerst den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt Regierungslehre, später dann für Politische Theorie und Ideengeschichte übernehmend.

Der rote Faden seiner wissenschaftlichen Arbeit war – vielleicht auch mitbedingt durch die Totalitarismusanalysen seines akademischen Lehrers – die Erforschung der Bedingungen eines demokratischen Gemeinwesens in unserer Zeit, was immer auch hieß: seiner Gefährdung. Es mochte darin die Unsicherheit der unmittelbaren Nachkriegszeit (die damals noch nicht »Kontingenz« hieß) mit Armut, Flüchtlingsschicksalen und all den schmerzhaften Neuorientierungen zumindest unterschwellig gewirkt haben. Auch

gab es in der Bundesrepublik eine für lange Zeit verbreitete Furcht, dass die neugewonnene Demokratie nicht nur von außen, sondern auch von innen bedroht sei. Man spürt das noch bei der Lektüre seiner, 2007 publizierten Rekonstruktion wichtiger intellektueller Positionen in dem Buch »Politisches Denken in Deutschland nach 1945«. Vor diesem Hintergrund wurde Michael Greven zu einem konsequenten »Bürgerrechts-Linken« (wie es in einem Nachrufblog treffend hieß), für den Untersuchungen zur Kontingenz der Verhältnisse und zur Stabilisierung der nicht nur formalen Demokratie naheliegend waren.

Jedenfalls beschäftigte ihn die latente Schwächung demokratischer Verhältnisse bis zuletzt, wurde zum Thema mehrerer seiner zahlreichen Monographien, vor allem aber seines systematisch wichtigsten Werkes, »Die politische Gesellschaft«, auf welches sich sowohl der Titel der Festschrift als auch die Themenstellung des Abschiedskolloquiums bezogen. Gegen eine zwar hochprofessionalisierte, ihren Gegenstand jedoch immer mehr auf das »politische System« und Gouvernance-Probleme einschränkende Politikwissenschaft signalisierte er schon mit dem Titel dieses Buches (für das Michael Greven vom Amalfi-Preiskomitee mit dem *Premio Luigi Sturzo* ausgezeichnet wurde), dass es ihm um die gesellschaftsbildende (aber Sozialität auch zerstören könnende) Funktion von Politik ging und vice versa um deren Verankerung in der Gesellschaft (die ja in der modernen, modelltheoretischen Ökonomie ebenfalls weitgehend in Vergessenheit geraten ist). Der Autor, wie immer er auch für die Reputation seines Faches gekämpft haben mag, begnügte sich nie mit dem umzäunten Raum einer einzigen Disziplin, sondern wollte stets auch ein politischer Soziologe bleiben – und dazu noch ein historisch argumentierender. »Politische Gesellschaft« (für alle Virtuosen einer Theoretisierung der Ausdifferenzierungs-Moderne schon der Begriffskoppelung wegen ein Gräuel) war nicht die von privaten oder kommerziellen Lebenssphären unterschiedene Teilereinheit (wie sie auch schon von Niccolò Machiavelli über Montesquieu bis zu Antonio Gramsci gedacht worden war). Vielmehr sollte – vergleichbar etwa Ulrich Becks Analyse der »Risikogesellschaft« oder Alain Touraines und Daniel Bells Untersuchungen der »postindustriellen Gesellschaft« – eine im Modernisierungsprozess entstandene essentielle Eigenheit dieses politisch geformten Gesellschaftstyps besser verstanden werden. Als Folge von Säkularisation (die Greven keineswegs durch neuerdings erschreckt wahrgenommene Fundamentalismen in ihrer Bedeutung relativiert sah) und Pluralisierung entstand eine strukturelle »Fundamentalphitisierung«

und zwar schon vor aller demokratischen Teilhabe. In seinem immer konkreten, insofern wirklichkeitswissenschaftlichen Konzept verwendete er deshalb auch den als überholt geltenden Begriff »Herrschaft«, um beispielsweise zu zeigen, wie die konstitutive politische Durchdringung der Gesellschaft sehr früh schon eine, später wohlfahrtstaatliche, Inklusion erreichte, denn der Staat resultiert »aus der nachträglichen Abstraktion einer vormals konkret begründeten personalen Herrschergewalt«.

Immer war Politik also gesellschaftsgestaltend, aber in der »Politischen Gesellschaft« ist sie das – entgegen der auch bei Sozialwissenschaftlern verbreiteten resignativen Vermutung ihres Einflussverlustes – in einem noch nie dagewesenem Maße, selbst wenn ökonomistische und neoliberale Ansätze dies für einige Zeit aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängen konnten. Mögen es früher konservativer Elitismus oder die totalitären Massenbewegungen gewesen sein, durch welche die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten bedroht, manipulativ verbogen oder vernichtet wurden, so sind es heute – und das erinnert durchaus an Max Weber – die bürokratischen Sacherledigungsapparaturen und an Bevölkerungen nicht zurückgekoppelten politischen Leistungssysteme wie das der Europäischen Union, die das Problem »Democracy beyond the State?« (2000) aufwerfen. Generationsspezifisch mit Sicherheit »Europäer«, ließ Greven sich weder von der Sachzwanglogik (der von ihm scharfsinnig analysierte Helmut Schelsky hatte deren Sieg durch den »technischen Staat« Anfang der 1960er Jahre wirkungsmächtig behauptet und Bundeskanzlerin Angela Merkel wird heute als deren sozusagen unpolitische »Notarin« von allen geliebt), noch von den unbestreitbaren administrativen Leistungen der friedenssichernden Europäischen Union darüber täuschen, dass viele dieser Erfolge mit einem Verlust an Mitentscheidung und -bestimmung verbunden sind. Und die moralische Desinteressiertheit des Luhmann'schen Legitimationsformalismus fand als dazu passende, geistreiche Untermalung Grevens Lob ebenso wenig wie eine mit normativen Voraussetzungen überladene Kritische Theorie, obwohl er selbst doch eine ebensolche – vielleicht eher im Geiste des durchaus auch von manchem Einwand nicht frei gestellten Kurt Lenk – in der Politischen Wissenschaft vertrat.

Alle diese Entwicklungen könnten die uns vertrauten demokratischen Strukturen langfristig unterminieren. So heißt es am Ende des, gleichwohl gegen jeden Fatalismus geschriebenen Grevenschen Hauptwerkes, dass oft nicht verstanden werde, in welchem Maße die politische Gesellschaft mit unterschiedlichen Regimes kompatibel ist: »Es geht auch anders: unfrei-

heitlicher, undemokratischer und mit noch mehr Ungleichheit sowieso«. Das war es, was den in keinerlei »Elfenbeinturm« lehrenden und forschenden Politologen umtrieb und noch bei seinem letzten öffentlichen Auftritt zum Generalthema wurde.

Der Illusion, in systemischen Welten könne man dem Zwang zur Entscheidung entgehen, oder noch illusionistischer: gäbe es weder Zentren des machtvollen Einflusses noch auch überhaupt Dezisionen irgendwelcher Art, setzte Michael Greven ein klares Bild der Notwendigkeit politischer Entscheidungen entgegen, wenngleich ihm dies von manchem seiner, liebevoll »linke Freunde« benannten und normativ doch nahestehenden Kritiker als unerlaubt große Annäherung an Carl Schmitt vorgeworfen wurde. Aber da hatte er ebenso wenig Furcht, eine eigene Ansicht zu verteidigen, wie einstmals im Fachbereich 03 der Marburger Universität, wo er von den entschiedenen Parteikommunisten (das Dekanat soll zeitweise ja einer informellen Kreisgeschäftsstelle der DKP geglichen haben) sogar zu einem »Rechten« gestempelt wurde.

Kaum wird man sich bei einer derartigen Verklammerung von historischer und theoretischer Reflexion auf der einen und praktischer Problemstellungen auf der anderen Seite darüber wundern, dass Michael Greven sich durchgängig engagierte, als *citoyen* etwa im Sozialistischen Büro, im Komitee für Grundrechte und Demokratie oder im Beirat der Humanistischen Union. Selbstverständlich gilt das auch für die universitäre Selbstverwaltung in vielen Ämtern – dort verdienstvollerweise immerhin verhindernd, dass die Universität Hamburg sich mit der Schmach bedeckte, den »lupenreinen Demokraten« Wladimir Putin zu ihrem Ehrendoktor gemacht zu haben. Für Jahrzehnte und von 1994 bis 1997 als deren Vorsitzender hat er in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gewirkt, zuletzt deren Ethikkodex entwerfend und als Vorsitzender der Ethikkommission. Auch war er 1982 bis 1988 Vice President des Research Committee »Science et Politique« der International Political Science Association und Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Greven war auch verantwortlich für das wissenschaftliche Begleitprogramm der zur »Wehrmachtsausstellung« medial verkürzten Aufklärungstat von Jan Philipp Reemtsma, die Rolle der deutschen Truppen im Massenvernichtungskrieg bildhaft zu dokumentieren. Das wurde besonders prekär, aber auch wichtig, als eine Welle empörter Kritik an ungenauen Details deren Wirksamkeit zu zerstören drohte (reflektiert wurde die umstrittene, aber die Selbstexkulpation durch den Mythos von unbefleckter Soldatenehre

schmerzhaft zerbrechende Dokumentationsausstellung in dem von ihm und Oliver von Wrochem herausgegebenen Band »Der Krieg in der Nachkriegszeit«, 2000). Zu erwähnen ist nicht zuletzt sein entscheidender Einfluss auf die – wiederum in einem Buch aus verschiedenen Perspektiven behandelte – Ablösung der Disziplin »Wissenschaftlicher Kommunismus« durch politikwissenschaftliche Studien während seiner Gastprofessur in Leipzig. Auch war sein Rat in Stiftungen vielfältig gefragt: er wirkte im Kuratorium der Schader-Stiftung zur Förderung der Gesellschaftswissenschaften mit und war von 1999 bis 2003 deren Vorsitzender; ebenso war er im Beirat der Hamburger Aby Warburg-Stiftung tätig.

Man wird diesen streitbaren (nicht streitsüchtigen) und – weil bei sich und anderen auf klare Argumentation bestehend – auf produktive Weise unbequemen, mit sachlicher und kritischer Leidenschaft die Verhältnisse aufklären wollenden Wissenschaftler sehr vermissen. Und gewiss würde es ihn am meisten beglücken, wenn seinem Beispiel einer neugierigen, zugleich immer auf Praxis zielenden Wahrheitssuche gefolgt würde, die auf »ewige Wahrheiten« weder gegründet ist, noch solche erzeugen will.

Karl-Siegbert Rehberg